

Zeitschrift: The Swiss observer : the journal of the Federation of Swiss Societies in the UK
Herausgeber: Federation of Swiss Societies in the United Kingdom
Band: - (1970)
Heft: 1592

Artikel: Mit politischen Unterdruck in die Zukunft
Autor: Stark, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-687660>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

MIT POLITISCHEN UNTERDRUCK IN DIE ZUKUNFT

In auffälliger Weise haben sich in den letzten Wochen die Anzeichen dafür gehäuft, dass die Schweiz ihre eigene Zukunft, die schon begonnen hat, entdecken will. Durch die Perspektivstudien der Arbeitsgruppe Kneschaurek über die Entwicklung der schweizerischen Volkswirtschaft ist das magische Jahr 2000 ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt worden. Der erste Teil der Studien, der bereits abgeschlossen ist, abre möglicherweise noch korrigiert wird, kommt zum Schluss, dass die Schweiz an der Schwelle zum dritten Jahrtausend 7,500,000 Einwohner hat, dass die Zahl der 65- und mehrjährigen Schweizerinnen und Schweizer in diesen drei Jahrzehnten überproportional von rund 600,000 im Jahre 1965 auf über 950,000 in Jahre 2000 anwachsen wird und dass auf ein beträchtliches Potential an ausländischen Arbeitskräften nicht verzichtet werden kann (vgl. "Basler Nachrichten" Nr. 128). Der zweite Teil über die gesamtwirtschaftlichen Entwicklungstendenzen soll bis Ende 1970 fertig gestellt sein. Die ersten Ergebnisse lassen auch hier nur einen Schluss zu: Selbst bei einer "normale" Entwicklung werden sich in Zukunft die Schwierigkeiten türmen, werden an Staat, Gesellschaft und Wirtschaft gesteigerte Anforderungen gestellt (vgl. den Leitartikel auf der Wirtschaftsseite dieser Ausgabe).

Die anderen Anzeichen seien nur kurz registriert: Die Ende März in Zürich gegründete "Schweizerische Gesellschaft für Zukunftsforschung" will die Bemühungen auf diesem Gebiet koordinieren und die Resultate der Allgemeinheit zugänglich machen. Mit einem ähnlichen Vorhaben befasst sich die Neue Helvetische Gesellschaft, die die Gründung einer "Commission prospective" vorbereitet. Die NHG beschäftigt sich gegenwärtig mit einer Bestandaufnahme der Gruppen und Persönlichkeiten, die sich mit Zukunftsfragen der Schweiz auseinandersetzen, und will zu gegebener Zeit schlüssig werden,

welche Rolle sie in diesem Bereich übernehmen kann. Die Freisinnigdemokratische Partei des Kantons Bern beschloss die Gründung eines Instituts für politische Bildung. In diesem Institut sollen die Kursteilnehmer Entscheidungsprozesse "trocken" an Hand von Fallstudien mit verteilten Rollen durchspielen. Schliesslich trat die "Schweizerische Vereinigung für politische Wissenschaft" mit dem Projekt an die Öffentlichkeit, in der zweiten Hälfte des Wahljahres 1971 eine grossangelegte und fundierte Untersuchung über das Wählerverhalten durchzuführen. 4,800 Testpersonen in zwölf Kantonen sollen nach ihren Meinungen und Neigungen in bezug auf den politischen Entscheidungsprozess befragt werden, 500 Interviews mit Parlamentariern und Behördemitgliedern sollen die Umfrage ergänzen.

Unterschiede

Bisher taten wir in der Gegenwart, was sich der Erfahrung der unmittelbaren Vergangenheit als unumgänglich aufdrängte. Die neue Blickrichtung und Zielsetzung der eben gestreiften Studien und Projekte ist deshalb um so augenfälliger. Es sticht aber zugleich ein bedeutsamer Unterschied hervor: Von den Perspektivstudien Kneschaurek über die volkswirtschaftliche Entwicklung bis zum Jahr 2000 liegen bereits erste, konkret in Trends und in "qualitative" Zahlen gefasste Ergebnisse vor, und die restlichen Resultate werden in den kommenden Monaten sukzessive greifbar sein. Bei den anderen Vorhaben hingegen, deren Schwergewicht im politischen Bereich liegt, handelt es sich um Projekte, deren Ausbeute nicht nur ungewiss ist, sondern sich auch auf Teilaspekte beschränken wird. Das Institut für politische Bildung, wie es die Berner Freisinnigen planen, ist als Idee begrüßenswert, aber es überfordert die personelle und finanzielle Leistungsfähigkeit einer Kantonalpartei und kann kaum den Wirkungsgrad erreich-

en, den sich die Gründer erhoffen und den man diesen. Institut auch wünschen möchte. Die Divergenz ist frappant: Ende dieses Jahres, wenn dank den Perspektivstudien Kneschaurek verlässliche volkswirtschaftliche Daten als Arbeitsinstrument und Entscheidungsgrundlage zur Verfügung stehen, sind im politischen Bereich im besten Falle die Ansätze für einen Aufbruch in die letzten Jahrzehnte diese Jahrtausends festzustellen. Die Politik in Theorie und Praxis hinkt mühsam hinter der Zeit her.

Im besten Fall ein halber Schritt

Es wäre freilich eine böswillige Unterschlebung, wollte man Bundesrat, eidgenössischen Räten und den Parteien nur vorwerfen, sie hätten bisher vor der Zukunft die Augen verschlossen. Der letzte Anstoss für die Perspektivstudien Kneschaurek ging immerhin von einem Parlamentarier aus. Aber ist es nicht bezeichnend, dass der politische Entscheidungsprozess, was mit der Motion Borel zu geschehen habe, also die Frist von der Einreichung bis zur Auftragserteilung vier Jahre dauerte, dass aber die Arbeitsgruppe bereits nach zwei Jahren erste und aufsehenerregende Ergebnisse vorweisen kann?

Es sind indessen nicht allein die Gemächlichkeit und die Verzögerung, sondern vielmehr die Halbheiten und das Lavieren bei politischen Entscheidungen, was herausfordernd wirken müsste. Als typische Beispiele seien in diesem Zusammenhang erwähnt:

Die Richtlinien für die Regierungspolitik stellen den Versuch dar, die Aufgaben des Bundes nach Bedeutung und Dringlichkeit zu staffeln. Sie sind damit ein Instrument politischer Zukunftsgestaltung auf mittlere Frist. Diese Richtlinien sind aber in unserem politischen System ein recht harmloser Fremdkörper geblieben, weil sie für Bundesrat und Parlament ohne jede Verbindlichkeit sind. Man hat die Neuerung, die für die Straffung der

Telegrams and Cables : TRANCOSMOS LONDON

TELEX 24777

Telephone : 01-407 4433 (8 Lines)

COSMOS FREIGHTWAYS AGENCY LIMITED.

INTERNATIONAL FREIGHT FORWARDERS

By Road, Rail, Sea and Air

1, CATHEDRAL STREET,

LONDON BRIDGE, LONDON, S.E.1.

REGULAR GROUPAGE SERVICES WITH

SWITZERLAND

ANGLO-SWISS CUSTOMS EXPERTS.

ALSO AT
LIVERPOOL, MANCHESTER,
NEWCASTLE-ON-TYNE
HULL, BRISTOL, CARDIFF,
SWANSEA, NEWPORT, Mon.,
GLASGOW.

CONNECTED
THROUGHOUT
THE WORLD

OFFICIAL FREIGHT AND
PASSENGER AGENTS FOR
SWISSAIR AND ALL AIR LINES
TO SWITZERLAND AND ALL
PARTS OF THE WORLD

Agents: WELTIFURRER INTERNATIONAL TRANSPORT CO. Ltd., Zurich, Basle, Schaffhausen, Geneva, St. Gall

Regierungspolitik, aber auch für die öffentliche und parteipolitische Meinungsbildung und Auseinandersetzung äusserst wertvoll hätte werden können, im Prinzip zwar nicht verworfen, sie aber so zurechtgestutzt, dass nahezu alles beim alten blieb.

25 verschiedene Schulsysteme sind ein sträflicher Anachronismus. Diese Feststellung ist so alt, dass sie zur Banalität geworden ist. Wir haben aber heute und bestimmt noch auf Jahre hinaus 25 kantonale Schulsysteme. Die Diskussion hat sich an Aeusserlichkeiten wie Frühlings- oder Herbstschulbeginn festgebissen. Die Erziehungsdirektorenkonferenz bastelt seit Jahren an einem neuen Konzept, kommt aber kaum vom Fleck. Die eidgenössische Volksinitiative für die Schulkoordination klebt in ihren Zielsetzung zu sehr an organisatorischen Fragen. Es fehlt der Schweiz eine Konzeption für eine moderne Bildungspolitik, eine Lücke, die sich noch während einer Generation, also bis zum Jahre 2000 auswirken wird; es fehlt, und das ist für den Augenblick gravierend, die politische Instanz, die rasch und zieltrebig aus der verfahrenen Situation herausführen und die sinnlosen Scharmützel zur Erhaltung eines falsch verstandenen Föderalismus endlich beenden könnte.

In den letzten Monaten ging zum zweiten Mal innert weniger Jahre das erbärmliche Schauspiel mit dem Titel: "Konjunkturdämpfung—ein dramatischer Versuch" über die eidgenössische Bühne. An die Dämpfungsmassnahmen der Jahre 1964/65 sollte, so wurde in Aussicht gestellt, ein Anschlussprogramm angehängt werden. Es blieb aber beim Versprechen. 1969 sah sich der Bundesrat wieder gezwungen, aus Notbehelfen ein Dämpfungspaket zu schüren. Nur Schnur und Papier waren willkommen, während die Annahme des Inhaltes bisher von den verschiedenen Adressaten verweigert worden ist. Der Staat wird zwar heute für die Entwicklung unserer Volkswirtschaft und die Erhaltung der Volbeschäftigung verantwortlich gemacht. Aber er kann nur unter günstigen Voraussetzungen für die Betroffenen mit der Kooperation rechnen, auf die er bei der Erfüllung seiner Aufgabe angewiesen ist, und verfügt notfalls auch nicht über jenes Instrumentarium, das ihm allein die Wahrnehmung der übertragenen Verantwortung hinreichend erlaubt. Es ist nun bei dieser zweiten Uebung der Konjunkturdämpfung kaum mehr die Rede von einem Anschlussprogramm. Das ist zwar ehrlich, löst aber die grundsätzlichen Probleme nicht.

Der Verlust an Profil und Geltung der politischen Parteien wird in der Öffentlichkeit mit Gleichgültigkeit hingenommen. Selbst die Parteien scheinen sich mit dieser politischen Fehlentwicklung mehr oder weniger abzufinden. Ihr organisatorischer Aufbau ist veraltet; doch keine Partei hat bisher eine grundlegende Reorganisation vorbereitet. Es fehlen dazu nicht allein die finanziellen Mittel. Denn es ist auf-

fallend, dass die Parteien mehr und mehr politischen Konflikten und Konfrontationen ausweichen und das Feld den Verbänden überlassen und so von ihnen überflügelt werden. Der politische Substanzverlust der Parteien aber fördert die "Entpolitisierung" der Öffentlichkeit und ist mit ein Grund, dass in den Parlamenten die reine Interessenvertretung überhandzunehmen droht. Die Diagnose dieser Krise ist längst gestellt, eine wirksame Therapie aber vernachlässigt worden.

Im Mai sollen die Antworten auf den Fragekatalog Wahlen öffentlich werden. Es wird dann zu beurteilen sein, welche Resultate diese grosse Auslegeordnung ergeben hat und wie die Aussichten für eine Totalrevision der Bundesverfassung stehen. Die politische Praxis beweist zwar fast täglich, dass grundlegende Probleme dringend einer raschen Lösung bedürfen, sie nährt aber auch immer wieder die Zweifel, ob politischer Wille und politische Fähigkeit noch ausreichen die Grundordnung unseres Staates neu zu konzipieren und in die Zukunft weisende Lösungen zu realisieren.

Die Gefahren politischen Rückstandes

Die Diskrepanz zwischen wissenschaftlicher und technischer, industrieller und wirtschaftlicher Dynamik einerseits und einer politischen Verflachung und Versteinerung mit ihren Auswirkungen auf Gesellschaft und Staat andererseits ist nicht auf die Schweiz beschränkt, sondern eine weltweite Erscheinung. Sie wird aber in den kommenden Jahren in unserem Lande besonders kritische Formen annehmen: Denn die Perspektivstudien Kneschaurek fallen in einem Raum politischen Unterdrucks. Mit dieser Feststellung soll der Wert dieser Studien in keiner Weise geschmälert werden. Aber es besteht eine doppelte Gefahr: Entweder werden die Ergebnisse und Erkenntnisse der Perspektivstudien nicht ausgeschöpft, weil die politischen Instanzen zu spät und oberflächlich reagieren und auf halbem Wege stillstehen, oder sie werden sklavisch übernommen, so dass technische und wirtschaftliche Entwicklung die Politik an der kurzen Leine führen und die Zielsetzungen in Wissenschaft und Bildung, Verkehr und Besiedlung, letztlich in Gesellschaft und Staat allein bestimmen wird.

Die Perspektivstudien Kneschaurek können nur dann von Wert und Wirkung sein, wenn sie nicht als Schicksal hingenommen, sondern als Orientierungshilfe benützt und in eine langfristige politische Konzeption umgesetzt werden. Dies bedeutet aber eine Abkehr von einer Politik der blossen Re-touche und der nachträglichen Sanktion dessen, was längst ohne eigenes Zutun geworden ist und nicht mehr rückgängig gemacht werden kann; von einer Politik, die nur reagiert—und erst noch mit Verzögerungen—und die mit verstaubten Argumenten überholte Positionen und Institutionen verteidigt. Gefordert ist eine Politik, die den Staat

nicht mehr als notwendiges Uebel oder als Instrument der Interessenvertretung, sondern als zentrale Ordnungsmacht versteht. Mit andern und Parteien verfolgen, müsste so dynamisch wie die Technik sein; sie darf deshalb nicht nur Vergangenheit und Gegenwart verwalten, sondern muss den Versuch wagen, die Zukunft mitzugestalten. Das ist viel, vielleicht von der Sache her und für den Augenblick zuviel verlangt. Es wäre aber schon einiges gewonnen, wenn sich unter der Schockwirkung der volkswirtschaftlichen Perspektivstudien die Einsicht durchsetzte, dass die Zukunft unserer demokratischen und freiheitlichen Institutionen weder nur in Konservieren der Vergangenheit noch allein im Opportunismus der Gegenwarts-politik liegt.

(Hans Stark,
Basler Nachrichten)

AN ANGLO-SWISS EVENT: SWISS MILLIONAIRES DEMONSTRATE IN BERKELEY SQUARE

It's not often that the Swiss come to this country, cap in hand asking us to help them—but on April 30th 21 businessmen from Zurich marched round Berkeley Square with a painful grievance. It wasn't the state of our stock market that worried them, nor were they really concerned about any money we might owe them.

They had more pressing problems. All of them have waited at least a year for a Jaguar XJ6 car, and all of them were still waiting.

"Give Switzerland the XJ6" read a neatly written banner as if it was some essential guided missile instead of a mechanical status symbol. The 21, all neatly dressed and some admitting to being millionaires, were as totally committed to their cause as any Grosvenor Squareite.

They had got together in Zurich, flown over for the day armed with maps of Mayfair, and the whole demonstration was costing them £50 each. "But that is a small price to pay if we can get the Jaguar", explained one of them in a camel-hair coat.

Being practical men, the demonstrators only walked round the square once before lining the railings outside British Leyland's offices. Their leader went inside to see Lord Stokes and tell him how there were 600 Jaguar cars on order in Switzerland, and prices had increased since the original orders.

Lord Stokes was evidently reassured about the group's peaceful intentions, as he came out just to shake their hands and speak to them. He said: "This is the kind of demonstration I like. People wanting to buy our products".

He explained that there was also a long wait in this country for the XJ6. But although he said he would see what he could do for them, he felt they would have to wait a little longer.